



- Legende**
- ART DER BAULICHEN NUTZUNG**
§ 9 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauNBV, § 11-13 BauNBV
- WA Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNBV)
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**
§ 9 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauNBV, § 15 BauNBV
- GRZ 0,4 Geschossflächenzahl
 - GRZ 0,4 Grundflächenzahl
- BAUWEISE, BAULINEN, BAUGRENZEN**
§ 9 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauNBV, § 22 und 23 BauNBV
- Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
 - Baugrenze
- SONSTIGE PLANZEICHEN**
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauNBV)
 - Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind (§ 9 Abs. 3 Nr. 1 und Abs. 4, § 9 Abs. 5 Nr. 1 und Abs. 6 BauNBV)
 - Vorschlag für die Grundstücksgrenzen
 - Nutzungsschablone

Rechtsgrundlage

- Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808, 2831)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. vom 20.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057)
- Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung vom 27.09.2017 (BGBl. I S. 3465)
- Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) i.d.F. vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S. 2771)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.09.2017 (BGBl. I S. 3434)
- Denkmalschutzgesetz (DSchG) Landesgesetz zum Schutz und zur Pflege der Kulturdenkmäler, vom 23.03.1978 (GVBl. S.159), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 03.12.2014 (GVBl. S. 245)
- Gemeindeordnung (GemO) für Rheinland-Pfalz i.d.F. vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert Artikel 7 des Gesetzes vom 02.03.2017 (GVBl. S. 21)
- Landeskreislaufrwirtschaftsgesetz (LKWVG) in der Fassung vom 22.11.2013 (GVBl. Nr. 18 vom 29.11.2013 S. 459), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 471)
- Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBO) i.d.F. vom 24.11.1996 (GVBl. S. 365), zuletzt mehrfach geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.06.2015 (GVBl. S. 77)
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft (LNatSchG) i.d.F. vom 08.10.2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21.12.2016 (GVBl. S. 583)
- Landesplanungsgesetz Rheinland-Pfalz (LPlG) i.d.F. vom 10.07.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch § 54 des Gesetzes vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283, 295)
- Landesstraßengesetz für Rheinland-Pfalz (LStrG) i.d.F. vom 01.08.1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 02.03.2017 (GVBl. S. 21)
- Landeswassergesetz (LWG) i.d.F. vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22.09.2017 (GVBl. S. 237)
- Nachbarrechtsgesetz für Rheinland-Pfalz (LNRG) vom 15.06.1970 (GVBl. S. 198), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.07.2003 (GVBl. S. 209)
- Planzeichenvorordnung (PlanZV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 9), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057)
- Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2969), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i.d.F. in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.09.2017 (BGBl. I S. 3370)
- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) i.d.F. vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 11 Absatz 2 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S. 2745)
- Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2365), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S. 2771)

Textfestsetzungen

TEIL I BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

- Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
WA Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNBV)
Nach § 1 Abs. 5 BauNVO wird folgendes festgesetzt:
- Allgemein zulässige Nutzungen
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 4 Abs. 2 Nr. 3 BauNBV) sind nicht zulässig.
Nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO wird Folgendes festgesetzt:
Die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nach § 4 Abs. 3 BauNVO sind nicht zulässig.
- Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauNBV i. V. m. §§ 16 - 20 BauNBV)
Das Maß der baulichen Nutzung wird bestimmt durch die in den Nutzungsschablonen angegebenen Werte für die zulässige Obergrenze der Grundflächenzahl (GRZ), der Geschossflächenzahl (GFZ) sowie der Höhe der baulichen Anlagen.
Die zulässige Grundfläche darf durch die in § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO aufgeführten Grundflächen um maximal 20 % überschritten werden.
Höhe baulicher Anlagen (§ 16 Abs. 4 BauNBV)
Die Höhe der baulichen Anlagen wird bestimmt durch die maximal zulässige Wandhöhe und Gebäudehöhe.
Als Bezugspunkt für die Bestimmung der maximalen Wandhöhe und Gebäudehöhe gilt die Höhe des Straßenbelages der Erschließungsstraße, gemessen in der Straßenmitte in der Mitte der Frontseite des Gebäudes senkrecht zur Straßenseite.
Als oberer Bezugspunkt für die Wandhöhe gilt der Schnittpunkt zwischen den Außenflächen des aufstehenden Mauerwerks und der Oberkante der Dachhaut.
Der obere Bezugspunkt für die Gebäudehöhe ist die am höchsten gelegene Schnittkante zwischen Dachflächen oder der oberste Abschluss des Daches bei versetzten Putzdächern.
Die maximale Gebäudehöhe wird wie folgt festgesetzt:
- Wandhöhe max. = 5,50 m
- Gebäudehöhe max. = 10,00 m
Für Nebengebäude und Zwerchhäuser ist eine Überschreitung der maximalen Wandhöhe um 1,50m zulässig.
Bei Putzdächern ist ein maximaler Höhenversatz der gegeneinander versetzten Dachflächen von 1,20 m zulässig.
- Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB; § 22 und 23 BauNBV)
Es wird die offene Bauweise festgesetzt.
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind gemäß § 23 Abs. 1 BauNVO durch Baufenster entsprechend der Planzeichnung festgesetzt.
- Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)
Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind maximal zwei Wohnungen je Wohngebäude zulässig. Je Doppelhaushälfte ist nur eine Wohnung zulässig.
- Nebenanlagen, Garagen und Stellplätze (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. §§ 12, 14, 23 BauNVO)
Zur Minderung des Oberflächenwasserabflusses wird festgesetzt, dass offene private und öffentliche Stellplätze, Garagenvorplätze und Grundstückszufahrten nur mit wasserdurchlässiger Oberfläche (z.B. Schotterrasen, Rasensteine, versickerungsfähiges Pflaster) errichtet werden dürfen.
Nebenanlagen und Garagen sind innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
- Lärmschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Für die Aufenthaltsräume an der Süd-, Ost- und Westfassade sind folgende Schallschutzmaßnahmen durchzuführen:
- Ausbildung der gesamten Außenbauteile, dass ausgehend von einem Beurteilungspegel von 65 dB(A) vor dem geöffneten Fenster ein Innenraumpegel von 25 dB(A) sichergestellt wird.
- Einbau einer fensterunabhängigen, schallgedämmten Lüftung, die bei der Ermittlung der notwendigen Schalldämmmaße der Außenbauteile zu berücksichtigen ist.
Der Nachweis der Umsetzung und der ausreichenden Dimensionierung der Außenbauteile ist im Zuge des Bauantrags zu erbringen.

TEIL II BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Gestaltung baulicher Anlagen (§ 88 Abs. 1 Nr. 1 LBAuO)

- Dachform und -ausbildung
Innerhalb des Plangebietes sind beidseitig geneigte Dächer zulässig. Die zulässige Dachneigung beträgt 25° bis 45°. Für Nebengebäude und Zwerchhäuser beträgt die maximale Gesamtbreite 40 % der jeweiligen traufseitigen Gebäudeaußenwandlänge.
- Gestaltung der Stellplätze und Garagenvorflächen (§ 88 Abs. 1 Nr. 3 LBAuO)
Zufahrten und Stellplätze auf den privaten Grundstücken sind mit einem wasserdurchlässigen Belag herzustellen.

TEIL III HINWEISE UND EMPFEHLUNGEN

- Archäologische Funde
Bei der Vergabe der vorbereitenden Baumaßnahmen (wie Mutterbodenabtrag) hat der Planungsträger bzw. die Gemeindeverwaltung, sowie für die späteren Erdarbeiten der Bauträger/ Bauherr, die ausführenden Baufirmen vertraglich zu verpflichten mit der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz zu gegebener Zeit rechtzeitig die Vorgehensweise und Terminierung der Arbeiten abzustimmen, damit die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz diese gegebenenfalls überwachen kann.
Die ausführenden Baufirmen sind eindringlich auf die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) vom 23.3.1978 (GVBl. 1978, S. 159 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.11.2008 (GVBl. 2008, S.301) hinzuweisen. Danach ist jeder zutage kommende, archäologische Fund unverzüglich zu melden, die Fundstelle soweit als möglich unverändert zu lassen und die Gegenstände sorgfältig gegen Verlust zu sichern. Absatz 1 und 2 entbinden Bauträger/Bauherrn bzw. entsprechende Abteilungen der Verwaltung jedoch nicht von der Meldepflicht und Haftung gegenüber der GDKE.
Sollten wirklich archäologische Objekte angetroffen werden, so ist der Direktor Landesarchäologie ein angemessener Zeitraum einzuräumen, damit Rettungsgrabungen, in Absprache mit den ausführenden Firmen, planmäßig den Anforderungen der heutigen Forschung entsprechend durchführen können. Im Einzelfall ist mit Bauverzögerungen zu rechnen. Je nach Umfang der eventuell notwendigen Grabungen sind von Seiten der Bauherren/Bauträger finanzielle Beiträge für die Maßnahmen erforderlich.
Die Meldepflicht gilt besonders für die Maßnahmen zur Vorbereitung der Baumaßnahmen (Mutterbodenabtrag).
Die vorgenannten Punkte sind als Auflagen in die Bauausführungspläne zu übernehmen. Im Plangebiet sind eventuell vorkommende, bisher nicht bekannte Kleindenkmäler (wie Grenzsteine) sind zu berücksichtigen bzw. dürfen von Planierungen o.ä. nicht berührt oder von ihrem angestammten, historischen Standort entfernt werden.
- Umgang mit Niederschlagswasser
Für nicht behandlungsfähiges Niederschlagswasser gelten folgende Prioritäten:
Versickerung vor Rückhaltung vor Ableitung.
Im Geltungsbereich des Bebauungsplans ist vorbehaltlich einer wasserrechtlichen Erlaubnis oder Bewilligung (§§ 7, 8 und 3 Abs. 1 Nr. 5 WHG) das anfallende nicht schädlich verunreinigte Niederschlagswasser nach Möglichkeit breitflächig auf dem Grundstück zu versickern oder in Zisternen zwischen zu speichern und als „Brauchwasser“ (Gartenbewässerung, etc.) zu verwenden. Flächen für Zufahrten und Stellplätze sind mit wasserdurchlässigen Belägen auszuführen.
Das anfallende Schmutzwasser ist der Ortskanalisation mit zentraler Abwasserreinigungsanlage zuzuführen. Fremdwasser, z.B. Drainagewasser darf der Schmutzwasserkanalisation nicht zugeführt werden.

TEIL III HINWEISE UND EMPFEHLUNGEN

- Grünordnerische Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und 25 BauGB)
Festsetzungen für nicht überbaubare Grundstücksflächen (private Pflanzgebote):
Auf jedem Baugrundstück ist mindestens ein hochstämmiger, einheimischer Laubbaum entsprechend der Pflanzbeschreibung gemäß Anhang zu pflanzen, auf den Grundstücken vorhandene und weiter erhaltene Bäume werden angerechnet.
Außerdem müssen alle anderen bestehenden Laubbäume erhalten werden, soweit sie nicht durch Überbauungen, Verkehrs- und Terrassenflächen, oder planerisch begründete Geländeveränderungen in Anspruch genommen werden. Altersbedingte und sonstige Ausfälle sind unverzüglich in der nächsten Pflanzperiode zu ersetzen. Nachpflanzungen sind mit heimischen Arten auszuführen.
Vorgartenzonen (gegen öffentliche Verkehrsflächen gerichtete Zugangselten) dürfen nicht als Arbeits- oder Lagerfläche genutzt werden, sie sind unter Berücksichtigung der Stellplätze, Zufahrten und Zuwegungen gärtnerisch anzulegen und zu unterhalten.
Der Anteil gärtnerisch anzulegender und mit Gehölzen dauerhaft zu bepflanzen der und zu pfleger Flächen an den nicht überbaubaren Grundstücksflächen muss mindestens 80% betragen.
- Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind (§ 9 Abs. 3 Nr. 1 und Abs. 4, § 9 Abs. 5 Nr. 1 und Abs. 6 BauGB)
Festsetzungen zur Kellerausbildung
Es wird empfohlen auf einen Keller zu verzichten. Da insbesondere im Frühjahr mit sehr hohem Grundwasserstand zu rechnen ist, wird für die Kellergeschosse die Ausbildung als wasserdichte Wanne dringend empfohlen.
Soweit die Gebäude näher als 6 m an Versickerungsflächen herangerückt werden, ist in jedem Fall ein wasserdichter Keller auszubilden.
Hochwasserschutz
Überschwemmunggefährdete Bereiche befinden sich zum überwiegenden Teil in der durch Deiche, Schöpfwerke und Hochwassermauern gegen Hochwasser geschützten Rheinniederung.
Die Stadt Hagenbach verfügt durch Rheindeicherhöhungsmaßnahmen über Hochwasserschutzmaßnahmen zum Schutz vor einem 200-jährlichen Hochwasserereignis. Bei einem Versagen der Hochwasserschutzmaßnahmen ist es gleichwohl möglich, dass das Gebiet zwischen Rheinhauptdeich und Hochufer überflutet wird.

Es wird daher der Geltungsbereich als Fläche gekennzeichnet, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen Hochwasser erforderlich sind (§ 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB). Es wird deshalb darauf hingewiesen, dass sich auch bei Zustimmung zu Baugebieten kein Anspruch auf Verstärkung oder Erhöhung der Hochwasserschutzanlagen ableiten lässt. Auf die möglichen Maßnahmen der individuellen baulichen Hochwasservorsorge wird hingewiesen.
Auf die einschlägige Literatur wird verwiesen:
- „Land Unter“ des Landes Rheinland Pfalz http://www.wasser.rlp.de
- „Hochwasserschutzleitfaden“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
http://www.bmub.bund.de, März 2015

TEIL II BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Gestaltung baulicher Anlagen (§ 88 Abs. 1 Nr. 1 LBAuO)

- Dachform und -ausbildung
Innerhalb des Plangebietes sind beidseitig geneigte Dächer zulässig. Die zulässige Dachneigung beträgt 25° bis 45°. Für Nebengebäude und Zwerchhäuser beträgt die maximale Gesamtbreite 40 % der jeweiligen traufseitigen Gebäudeaußenwandlänge.
- Gestaltung der Stellplätze und Garagenvorflächen (§ 88 Abs. 1 Nr. 3 LBAuO)
Zufahrten und Stellplätze auf den privaten Grundstücken sind mit einem wasserdurchlässigen Belag herzustellen.

TEIL III HINWEISE UND EMPFEHLUNGEN

- Archäologische Funde
Bei der Vergabe der vorbereitenden Baumaßnahmen (wie Mutterbodenabtrag) hat der Planungsträger bzw. die Gemeindeverwaltung, sowie für die späteren Erdarbeiten der Bauträger/ Bauherr, die ausführenden Baufirmen vertraglich zu verpflichten mit der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz zu gegebener Zeit rechtzeitig die Vorgehensweise und Terminierung der Arbeiten abzustimmen, damit die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz diese gegebenenfalls überwachen kann.
Die ausführenden Baufirmen sind eindringlich auf die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) vom 23.3.1978 (GVBl. 1978, S. 159 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.11.2008 (GVBl. 2008, S.301) hinzuweisen. Danach ist jeder zutage kommende, archäologische Fund unverzüglich zu melden, die Fundstelle soweit als möglich unverändert zu lassen und die Gegenstände sorgfältig gegen Verlust zu sichern. Absatz 1 und 2 entbinden Bauträger/Bauherrn bzw. entsprechende Abteilungen der Verwaltung jedoch nicht von der Meldepflicht und Haftung gegenüber der GDKE.
Sollten wirklich archäologische Objekte angetroffen werden, so ist der Direktor Landesarchäologie ein angemessener Zeitraum einzuräumen, damit Rettungsgrabungen, in Absprache mit den ausführenden Firmen, planmäßig den Anforderungen der heutigen Forschung entsprechend durchführen können. Im Einzelfall ist mit Bauverzögerungen zu rechnen. Je nach Umfang der eventuell notwendigen Grabungen sind von Seiten der Bauherren/Bauträger finanzielle Beiträge für die Maßnahmen erforderlich.
Die Meldepflicht gilt besonders für die Maßnahmen zur Vorbereitung der Baumaßnahmen (Mutterbodenabtrag).
Die vorgenannten Punkte sind als Auflagen in die Bauausführungspläne zu übernehmen. Im Plangebiet sind eventuell vorkommende, bisher nicht bekannte Kleindenkmäler (wie Grenzsteine) sind zu berücksichtigen bzw. dürfen von Planierungen o.ä. nicht berührt oder von ihrem angestammten, historischen Standort entfernt werden.
- Umgang mit Niederschlagswasser
Für nicht behandlungsfähiges Niederschlagswasser gelten folgende Prioritäten:
Versickerung vor Rückhaltung vor Ableitung.
Im Geltungsbereich des Bebauungsplans ist vorbehaltlich einer wasserrechtlichen Erlaubnis oder Bewilligung (§§ 7, 8 und 3 Abs. 1 Nr. 5 WHG) das anfallende nicht schädlich verunreinigte Niederschlagswasser nach Möglichkeit breitflächig auf dem Grundstück zu versickern oder in Zisternen zwischen zu speichern und als „Brauchwasser“ (Gartenbewässerung, etc.) zu verwenden. Flächen für Zufahrten und Stellplätze sind mit wasserdurchlässigen Belägen auszuführen.
Das anfallende Schmutzwasser ist der Ortskanalisation mit zentraler Abwasserreinigungsanlage zuzuführen. Fremdwasser, z.B. Drainagewasser darf der Schmutzwasserkanalisation nicht zugeführt werden.

7. Lage des Gebietes

Das Plangebiet liegt nordwestlich des Festplatzes. Dies bedeutet, dass im Planbereich kulturelle Aktivitäten der Gemeinde in periodischen Abständen wahrgenommen werden können.

8. Vorschriften

Die der Planung zugrundeliegenden Vorschriften (z.B. Gesetze, Verordnungen, Erlasse, DIN-Vorschriften) können während der Dienststunden im Rathaus der Verbandsgemeinde Hagenbach, Ludwigstraße 20, eingesehen werden.

9. Radonmessungen

Das Plangebiet liegt innerhalb eines Bereiches, in dem lokal erhöhtes und seltener hohes Radonpotenzial über einzelnen Gesteinschichten ermittelt wurde. Aufgrund dessen wird empfohlen, orientierende Radonmessungen in der Bodenluft vorzunehmen, um festzustellen, ob und in welchem Ausmaß Baumaßnahmen der jeweiligen lokalen Situation angepasst werden können.
Die dabei ermittelten Ergebnisse sollten an das Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz in Mainz weitergeleitet werden, so dass diese in anonymisierter Form zur Fortschreibung der Radonprognosekarte von Rheinland-Pfalz verwendet werden können.
Studien des Landesamts für Geologie und Bergbau haben ergeben, dass für Messungen im Gestein / Boden unbedingt Langzeitmessungen (ca. 3-4 Wochen) notwendig sind. Kurzzeitmessungen sind hierbei nicht geeignet, da die Menge des aus dem Boden entweichenden Radons in kurzen Zeiträumen sehr stark schwankt. Hierfür sind insbesondere Witterungseinflüsse wie Luftdruck, Windstärke, Niederschläge oder Temperatur verantwortlich. Nur so können aussagefähige Messergebnisse erzielt werden. Es wird deshalb empfohlen, die Messungen in einer Baugebietsfläche an mehreren Stellen, mindestens 6 / ha, gleichzeitig durchzuführen. Die Anzahl kann aber in Abhängigkeit von der geologischen Situation auch höher sein.
Die Arbeiten sollten dabei von einem mit diesen Untersuchungen vertrauten Ingenieurbüro ausgeführt werden und dabei die folgenden Posten enthalten:
- Bezeichnung der Fläche und Auswahl der Messpunkte nach geologischen Kriterien;
- Radongeräte, ca. 1 Meter tiefe Bohrungen zur Platzierung der Dosimeter, dabei bodenkundliche Aufnahme des Bohrgutes;
- Fachgerechter Einbau und Bergen der Dosimeter;
- Auswertung der Messergebnisse, der Bodenproben sowie der Wetterdaten zur Ermittlung der Radonkonzentration im Messzeitraum und der mittleren jährlichen Radonverfügbarkeit;
- Kartierung der Ortsdosisleistung (gamma);
- Interpretation der Daten und schriftliches Gutachten mit Baupfehlungen.
Fragen zur Geologie im betroffenen Baugebiet sowie zur Durchführung der Radonmessung in der Bodenluft beantwortet gegebenenfalls das LGB. Informationen zum Thema Radonschutz von Neubauten und Radonsanierungen können dem „Radon-Handbuch“ des Bundesamts für Strahlenschutz entnommen werden.
Für bauliche Maßnahmen zur Radonprävention wenden Sie sich bitte an das Landesamt für Umwelt (Radon@flu.rp.de).

10. Schutz von Leitungen / Koordination von Erschließungs- und Baumaßnahmen

Im Plangebiet befinden sich unter- und oberirdische Stromversorgungsanlagen, die in der Planzeichnung informatorisch nicht ausgewiesen sind. Die tatsächliche Lage dieser Versorgungsanlagen ergibt sich allein aus der Örtlichkeit. Das Erfordernis von Maßnahmen zur Sicherung / Änderung dieser Versorgungsanlagen im Zusammenhang mit Erschließungs- und Baumaßnahmen ist frühzeitig mit dem Leitungsbetreiber abzuklären. Der Träger der Versorgung des Plangebietes mit elektrischer Energie ist für Planung und Bau zur Erweiterung/Anpassung des bestehenden Leitungsnetzes frühzeitig über den Beginn und Ablauf der Erschließungs- und Baumaßnahmen zu unterrichten.
Bei Baupflanzungen ohne weitere Schutzmaßnahmen ist ein seitlicher Mindestabstand von 2,50 m zu der bestehenden, von der Thünga Energienetze betriebenen Versorgungsleitung gemäß dem geltenden technischen Regeln des DVGW-Arbeitsblattes GW 125 sowie der DIN 1988, zwingend einzuhalten.

11. Grundwasser

Maßnahmen, bei denen aufgrund der Tiefe des Eingriffes in den Untergrund mit Grundwasserfreilegungen (Temporäre Grundwasserhaltung) gerechnet werden muss, bedürfen gem. § 8 ff Wasserhaushaltsgesetz (WHG) der Erlaubnis, welche rechtzeitig vor Beginn der Maßnahme bei der Unteren Wasserbehörde zu beantragen ist.

12. Pflanzliste (Vorschlagsliste, nicht abschließend)

Für alle Pflanzungen und Einsaaten ist gebietsheimisches Material zu verwenden.

Laubbäume 1. Ordnung

Spitzahorn	Acer platanoides
Bergahorn	Acer pseudoplatanus
Hainbuche	Carpinus betulus
Gewöhnliche Esche	Fraxinus excelsior
Traubeneiche	Quercus petraea
Stieleiche	Quercus robur
Winterlinde	Tilia cordata
Bergulme	Ulmus glabra
Speierling	Sorbus domestica
Holz-Apfel	Malus sylvestris
Walnuss	Juglans regia

Laubbäume 2. Ordnung

Feldahorn	Acer campestre
Weißdorn	Crataegus monogyna
Traubenkirsche	Prunus padus
Eberesche	Sorbus aucuparia

Sträucher

Hainbuche	Carpinus betulus
Haseulnuss	Corylus avellana
Roter Hartrieel	Cornus sanguinea
Eingriffeliger Weißdorn	Crataegus monogyna
Pflaflendorn	Euonymus europaeus
Gewöhnlicher Liguster	Ligustrum vulgare
Gewöhnliche Heckenkirsche	Lonicera xylosteum
Prunus padus	Prunus padus
Prunus spinosa	Prunus spinosa
Rosa arvensis	Rosa arvensis
Sambucus nigra	Sambucus nigra
Sambucus racemosa	Sambucus racemosa
Viburnum opulus	Viburnum opulus
Viburnum lantana	Viburnum lantana

Verfahrensvermerke

- Aufstellungsbeschluss Stadtrat Hagenbach am 14.07.16
- Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses im Amtsblatt Nr. 32/2016 vom 12.08.16
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Stadtrat Hagenbach am 07.09.17
- Bekanntmachung des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses im Amtsblatt Nr. 38/2017 vom 22.09.17
- Beteiligung der Öffentlichkeit öffentliche Auslegung in der Zeit vom 04.10.17 bis 03.11.17
- Beteiligung der berührten Behörden mit Schreiben vom 02.10.17 bis 03.11.17
- Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen im Stadtrat Hagenbach am 07.12.17
- Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB und § 24 I GemO im Stadtrat Hagenbach am 07.12.17
- Hagenbach, den 07.12.17

Mitteilung an die Behörden und Einwohner über die Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen mit Schreiben vom 04. Jan. 2018

Vorstehende Satzung wird hiermit ausgerufen!
Hagenbach, den 04. Jan. 2018

Der Bebauungsplan „An der Schule“ im Beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB ist mit der Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 31/2018 rechtsverbindlich geworden - § 10 III BauGB -
Hagenbach, den 12. Jan. 2018

Planzustimm mit den bekanntgemachten Unterlagen überein.
Hagenbach, den 12. Jan. 2018
Im Auftrag

Projekt Hagenbach Bebauungsplan "An der Schule"

Plan Endfassung

DATUM 07.12.2017

DRUCK DATUM 07.12.2017

PLANGRÖSSE 1,0166/0,5881

MASSSTAB 1: 500

GEZEICHNET NM **GEPROFT** He

DIPL.-ING. R. ROLLITZ **DIPL.-ING. M. HEGER**

VERANTWORTLICHE 67655 KAISERSLAUTERN EISENBAHNSTR. 68 TEL.: (0631) 36 20 40 FAX.: (0631) 36 20 444